

Nur ein Schutzwahl für die Rückständigen?

Nach dem Scheitern der Konzern-Initiative blasen Linke zum Angriff aufs Ständemehr

Für Juso-Chefin Ronja Jansen gehört das Ständemehr auf den «Müllhaufen der Geschichte».



Eine Stimme aus Appenzell Innerrhoden ist 40-mal so viel wert wie eine aus dem bevölkerungsreichen Kanton Zürich.

LEA HARTMANN

Die Schweiz sagt Ja zur Konzernverantwortungs-Initiative. Zwar sagte eine knappe Mehrheit der Stimmbewölkerung Ja, nicht aber eine Mehrheit der Kantone.

Es ist erst das zweite Mal in der Geschichte, dass eine Volksinitiative am fehlenden Ständemehr scheitert. Bei obligatorischen Referenden, für die ebenfalls Volks- und Ständemehr nötig sind, ist der Fall derweil schon öfters eingetreten.

Dennoch blasen nun wieder einige zum Angriff. «Das Ständemehr gehört auf den Müllhaufen der Geschichte», schrieb Juso-Präsidentin Ronja Jansen (25) am Sonntagabend auf Twitter. Der Schutz von Minderheiten sei ihr wichtig, erläutert sie gegenüber BLICK. Doch sei es willkürlich, nur die Kantonszugehörigkeit zu berücksichtigen.

Dass die Linken das Ständemehr in Frage stellen, ist nicht neu. So hat SP-Fraktionschef Roger

Nordmann (47) bereits 2013 im Parlament gefordert, über die Bücher zu gehen. Der Vorstoss wurde abgeschmettert.

Nein gestimmt hat damals auch CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (56). Sie ist überzeugt, dass das Ständemehr wichtig ist für den Zusammenhalt der Schweiz. «Stellt man es in Frage, stellt man den Föderalismus in Frage», sagt sie. Nordmann kontert: Vor 172 Jahren sei das Ständemehr vielleicht noch legitim gewesen. «Heute aber ist es ein undemokratischer Hebel, der rückständige Positionen strukturell begünstigt.»

Tatsache ist: Aufgrund des starken Wachstums der Städte sind die kleinen Kantone durch das Ständemehr tatsächlich immer mächtiger geworden. Die Stimme einer Appenzellerin wog früher 11-mal mehr als diejenige eines Zürcher Stimmbürgers. Heute wiegt sie fast 40-mal mehr.

Könnte man das System zumindest sanft reformie-

ren? Es liegen diverse Vorschläge auf dem Tisch.

► Qualifiziertes Ständemehr: Das Volk kann von den Kantonen nur überstimmt werden, wenn zwei Drittel – und nicht bloss die Hälfte – der Stände anders entscheiden.

► Qualifiziertes Volksmehr: Vorgeschlagen wird, dass ab 52,5 Prozent Ja oder Nein-Stimmen das Ständemehr nicht mehr berücksichtigt wird.

► Stärkeres Mehr: Es zählt das grössere der beiden Mehrs.

► Gewichtete Stimmen: Die Kantone erhalten unterschiedlich viele Ständestimmen, je nach Zahl der Einwohner oder der Stimmberechtigten. Zürich könnte beispielsweise fünf Stimmen erhalten, Appenzell Innerrhoden eine.

Juso-Präsidentin Jansen zeigt sich offen für eine dieser Lösungen. Mehr als eine Debatte erhofft sie sich allerdings nicht. Denn um das Ständemehr anzupassen, müsste die Verfassung geändert werden – und dafür braucht es wiederum ein Ständemehr.

Politologe Marc Bühlmann (49) sieht keinen Wertewandel «Die Bevölkerung ist immer noch eher konservativ»

Der Abstimmungskampf um die Konzernverantwortungs-Initiative wurde mit der Moralkeule geführt. Das Begehren scheiterte am Ständemehr, konnte aber die Mehrheit der Schweizer überzeugen. Ist die Gesellschaft also moralischer geworden? Marc Bühlmann (49), Direktor von Année Politique Suisse und Politikologie-Professor an der Uni Bern, schätzt die Situation im BLICK-Interview ein.

Blick Herr Bühlmann, die Konzernverantwortungs-Initiative hat das Volksmehr geschafft. Vor zehn Jahren wäre sie chancenlos gewesen. Ist die Gesellschaft also moralischer geworden?

Marc Bühlmann: Nein. Wer die Initiative aus Angst vor

den wirtschaftlichen Risiken abgelehnt hat, ist ja nicht unmoralisch. Der Achtungserfolg hängt weniger von der Moral als von der Mobilisierung ab. Diese wiederum hängt davon ab, welche Themen virulent sind. Vor zehn Jahren war es die Migrationsfrage, heute sind es Umwelt und Klimawandel. Damit lassen sich weltoffene Städter besser mobilisieren als konservative Landbewohner.

Also gibt es keinen grundlegenden Wertewandel, sondern nur einen Hype?

Das würde ich so nicht sagen. Die Bevölkerung ist wohl immer noch eher konservativ. Ein Wertewandel oder eine Richtungsänderung findet nur langsam statt. Nehmen Sie



Sieht Mobilisierung als linken Trumpf: Politikologe Marc Bühlmann.

das Beispiel des Frauenstimmrechts: 1959 wurde es von einer Mehrheit noch abgelehnt – mit Argumenten, für die man heute in der Luft zerrissen würde. Oder nehmen Sie die Frage des straflosen Schwangerschaftsabbruchs: Es brauchte mehrere emotionale Abstimmungen, heute ist das Thema praktisch unbestritten. Es braucht oft einen langen Atem, bis etwas mehrheitsfähig wird und sich der langsame Wandel dann zum Beispiel in einem Abstimmungsresultat zeigt.

Dann sollen die Initianten nicht lockerlassen?

Wenn sie gleich wieder eine neue Initiative lancieren, wird das wohl eher als Zwangerei empfunden. Die zweite Armeeabschaffungs-Initiative beispielsweise ging auch deshalb in die Hosen.

Was raten Sie den Initianten?

Sie haben einen Teilerfolg erreicht, auf dem sie aufbauen können. Indem sie versuchen, beim Gegenvorschlag Verbesserungen herauszuholen, zum Beispiel durch parlamentarische Vorstösse. Und indem sie weiterhin auf die internationale Entwicklung aufmerksam machen. Steter Tropfen höhlt den Stein.

INTERVIEW: RUEDI STUDER

Endlich! Krankenkassen zahlen bei frühen Fehlgeburten



Die Motion von Grünen-Nationalrätin Irène Kälin wurde angenommen.

Als wäre der Schicksalsschlag nicht schon schwer genug. Verliert eine Frau ihr ungeborenes Kind vor der 13. Schwangerschaftswoche, leidet sie nicht nur unter dem seelischen Trauma. Sie bleibt auch noch auf den Behandlungskosten sitzen. Die Krankenkasse zahlt nichts. Der Gesetzgeber zementiert das Tabu Fehlgeburt im Krankenversicherungsgesetz.

Das soll sich ändern. Diskussionslos ist der Ständerat gestern Abend Bundesrat und Na-

tionalrat gefolgt und hat eine Motion der Grünen-Nationalrätin Irène Kälin (33) angenommen. Diese fordert eine Änderung der Gesetzesregelung. Die Kostenbefreiung für Versicherte soll demnach bereits ab der ersten Schwangerschaftswoche gelten.

Eine ähnlich lautende Motion hatte SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor (56) eingereicht. Auch der Bundesrat sieht wegen der Ungleichbehandlung der Patientinnen

Handlungsbedarf, wie Gesundheitsminister Alain Berset (48) sagte. Er muss sich nun mit der Gesetzesanpassung befassen.

Damit sei endlich klar, was schon immer hätte klar sein sollen, betont Kälin: «Schwanger ist man vom ersten Tag an – unabhängig davon, wie die Schwangerschaft verläuft.» Immerhin würden in der Schweiz jedes Jahr mehr als 20 000 Frauen eine Fehlgeburt erleiden.

DANIEL BALLMER